

Der 1. Mai – eine geschichtliche Einordnung mit aktuellem Bezug

Am 1. Mai finden in Deutschland und fast überall auf der Welt gewerkschaftliche Kundgebungen, Demonstrationen und andere Aktionen statt.

Der 1. Mai ist seit mehr als 120 Jahren der Tag der Lohnabhängigen. Diese Tradition hat ihren Ursprung in den USA. Am 1. Mai 1886 wurde dort für die Einführung des Acht - Stunden - Arbeitstages gestreikt.

Die Entscheidung für den 1. Mai hatte einen Grund. Zur damaligen Zeit endeten die meisten Arbeitsverträge genau zu diesem Termin. Der neue Acht-Stunden-Tag sollte so in die neuen Verträge aufgenommen werden.

Es traten 400.000 Beschäftigte aus 11.000 Betrieben in den Streik, aber nur für 20.000 Arbeiter konnte der Acht-Stunden-Tag durchgesetzt werden.

Dieser Erfolg war bescheiden, aber dieser Tag bleibt wegen eines anderen Ereignisses in Erinnerung. Durch Polizeiübergriffe am 1. Mai und durch deren Folgen kam es am 02.05.1886 auf dem Haymarket in Chicago zu ei-

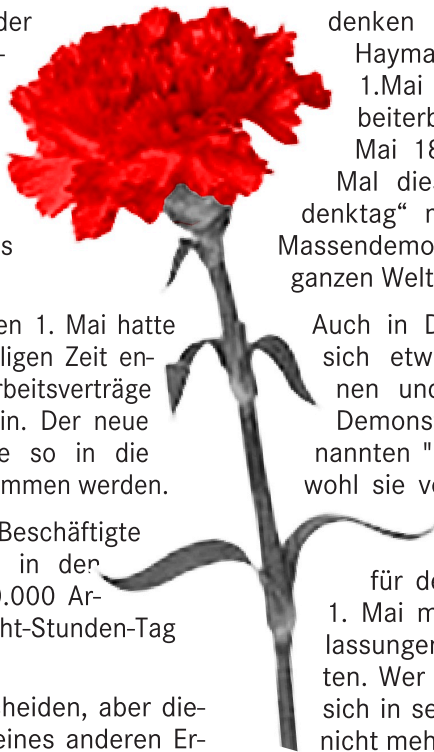
nem Massaker mit über 20 getöteten Arbeitern. Vier Arbeiteraktivisten wurden danach vom Staat hingerichtet.

Der Gründungskongress der Zweiten Internationalen 1889 rief zum Gedenken an die Opfer des Haymarket-Aufstandes den 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ aus. Am 1. Mai 1890 wurde zum ersten Mal dieser „Protest- und Gedenktag“ mit Massenstreiks und Massendemonstrationen auf der ganzen Welt begangen.

Auch in Deutschland beteiligten sich etwa 100.000 Arbeiterinnen und Arbeiter an Streiks, Demonstrationen und sogenannten "Maispaziergängen", obwohl sie von Sanktionen bedroht waren. Die Unternehmerverbände drohten für den Fall von Streiks am 1. Mai mit Aussperrungen, Entlassungen und Schwarzen Listen. Wer darauf geriet, brauchte sich in seiner Gegend um Arbeit nicht mehr zu bemühen.

Nur wenige Unternehmer waren um sozialen Ausgleich und Deeskalation bemüht.

weiter Seite 2



Aus dem Inhalt:

Zum 1. Mai.....	1-2
Was will DIE LINKE.....	1-2
PPP, Finanzkasino hat geöffnet.....	3
Unser Schulsystem.....	4-5
Eine Schule für alle.....	6
Marx hat Recht.....	7
Impressum.....	8

Was will DIE LINKE. ?

Gute Gründe am 09. Mai DIE LINKE. zu wählen

Am 22.04.2010 stellten die zukünftige Parteivorsitzende und die beiden Krefelder Landtagswahl - Direktkandidaten unserer Partei im Parkhaus Oppum deren Ziele und Vorstellungen vor. Die Gründe, am 09. Mai DIE LINKE. NRW zu wählen wurden überzeugend von den PodiumsteilnehmerInnen vorgetragen.

Gesine Löttsch, Stephan Hagemes (Wahlkreis Krefeld I) und Manfred Büdemann (Wahlkreis Krefeld II) sprachen vor knapp 50 Gästen über den nötigen Kurswechsel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Der linke Kurs ist auf soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie in NRW und der Bundesrepublik ausgerichtet.

Die herrschende neoliberale Politik wurde einhellig kritisiert. Denn sie bewirkt seit mehr als zehn Jahren die stetig offenere Schere zwischen wachsendem Reichtum und wachsender Armut, die Chancenungerechtigkeit in der Bildung, Armut per Hartz-IV-Gesetz und Reallohnverluste für die Mehrheit der Bevölkerung.

weiter Seite 2

Fünfgliedriges Schulsystem in NRW

Veraltet und marode

Das Schulsystem in NRW ist ein Relikt aus dem 19. Jahrhundert.

lesen Sie eine Analyse ab Seite 4

Was ist "Eine Schule für Alle"?

Diese Schule ist demokratisch, vielseitig und lebendig. Die Kinder werden in alle Entscheidungsprozesse mit einbezogen ...

unsere Forderung auf Seite 5

PPP - Finanz Kasino auf Kosten der Bürger

Seite 3

Marx hat Recht

Seite 7

1. Mai

weiter von Seite 1

Der Forderung eines Acht-Stunden-Tages in Deutschland wurde nicht entsprochen und war daher immer die Hauptforderung bei zukünftigen Kundgebungen.

Die Sozialdemokratische Partei (SPD) beschloss auf ihrem Hallenser Parteitag im Oktober 1890, den 1. Mai als dauerhaften "Feiertag der Arbeiter" einzuführen.

1933 machten die Nazis den 1. Mai als „Tag der nationalen Arbeit“ zum Feier-

tag, um die Zerschlagung der Gewerkschaften am 02.05.1933 vorzubereiten. Sie versuchten so, die ArbeiterInnenbewegung zu kaufen.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde der 1. Mai in der Bundesrepublik Deutschland durch die Gesetzgebung der Bundesländer ein Feiertag.

In Nordrhein-Westfalen z.B. ist der 1. Mai offiziell Feiertag als „Tag des Bekenntnisses zu Freiheit und Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und Menschenwürde“.

Dieser Titel entspricht genau den Forderungen der Partei DIE LINKE. Es gilt

aber nicht nur zu bekennen, sondern auch mit Nachdruck Freiheit und Frieden, soziale Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und Menschenrechte einzufordern.

Dazu bietet der 1. Mai eine hervorragende Gelegenheit. Er ist weiterhin weltweiter Aktions- und Feiertag der ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung für die Durchsetzung der Menschenrechte auf Leben, Freiheit, gute Arbeit usw. Für sehr viele Menschen geht es am 1. Mai auch um die Überwindung des Kapitalismus.

Daniel Flock und Stephan Hagemes

Was will DIE LINKE

weiter von Seite 1

Die Forderungen der Partei DIE LINKE. markieren die demokratisch-soziale Gegenrichtung.

Gesine Löttsch und die Direktkandidaten legten u.a. folgende Forderungen dar:

- der gesetzliche Mindestlohn von 10 € pro Stunde
- die Abschaffung der Studiengebühren
- kostenlose Bildung von der Kindertagesstätte (KiTa) bis zur Hochschule
- die Einführung der einen SCHULE FÜR ALLE von der ersten bis zur zehnten Klasse
- der Ausbau des öffentlichen Dienstes
- die solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems statt der unsozialen Kopfpauschale

Gesine Löttsch machte auf einen herausragenden Unterschied zu den anderen Parteien aufmerksam. DIE LINKE ist die einzige Bundestagspartei, welche keine Spenden von Banken und Konzernen erhält.

In der Diskussion wurde auch deutlich: der Ausgang der Wahl am 09. Mai hat enorme bundespolitische Bedeutung. NRW ist das bevölkerungsreichste Bundesland. Eine starke LINKE im Düsseldorfer Landtag wäre nicht nur ein klares Zeichen an die Kopfpauschalen-Regierung Merkel/Westerwelle. Auch SPD und Grüne wird eine LINKE Fraktion unter Druck bringen. Ohne DIE LINKE im NRW-Landtag ist das „weiter so!“ der Regierungspolitik garantiert. Denn alle anderen Parteien sind nur zu neoliberaler Politik gewillt. CDU, FDP, SPD und Grüne haben dies in den letzten Jahren bewiesen. Gesine Löttsch erinnerte an die Gemeinsamkeiten der

anderen Parteien: Hartz IV, Studiengebühren, Steuerungerechtigkeit, Privatisierungen und Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Da helfen auch die links klingenden Wahlkampf-slogans von Rot-Grün nichts. Manfred Büddemann und Stephan Hagemes richteten ihren Blick auch auf die Zeit nach der NRW-Wahl. Druck aus der Gesellschaft sei bei allen möglichen Koalitionen nach dem 09.05. nötig, um dem neoliberalen Kapitalismus entgegenzuwirken.

Stephan Hagemes



Gesine Löttsch

**original sozial
am 9. Mai
DIE LINKE
wählen!**

Arbeit sichern, neue schaffen!

Wir wollen Arbeit gerecht verteilen. Gegen einen Niedriglohnsektor, Leiharbeit und Minijobs, für gesetzlichen Mindestlohn und Tarifstreugesetz, Arbeitszeitverkürzung und den sozial – ökologischen Umbau der Wirtschaft.
www.original-sozial.de

DIE LINKE.

Arbeit sichern - neue schaffen!

Gute Arbeit - das ist mehr als nur Broterwerb! In der Arbeit betätigen sich die Menschen, schaffen sich selbst, genießen das Leben, befriedigen ihre Bedürfnisse und entfalten ihre sozialen Fähigkeiten - wenn es "gute Arbeit" ist. Es ist genug Arbeit da, sie muss nur endlich gerecht verteilt werden! Millionen von Menschen fürchten um ihre Arbeitsplätze und ihre Zukunft. Tausende junger Menschen erhalten nicht einmal mehr einen Ausbildungsplatz. Menschen in NRW sind arm trotz Arbeit! Sie alle erwarten, dass der Staat Einfluss auf die Wirtschaft nimmt. Die Frage ist nicht, ob die öffentliche Hand sich einmischt. Die Frage ist, ob Milliarden Steuergelder in Banken und Konzerne gesteckt werden oder ob diese Gelder in ein Zukunftsinvestitionsprogramm investiert werden, das Arbeit sichert und neue schafft.

PPP - Gewinne ohne Risiko –oder –“Wie das Kapital den Staat ausplündert“

Immer mehr Bürger merken es jeden Tag: Die Steuersenkungspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung richtet die Finanzen der Länder und insbesondere der Kommunen zugrunde. Nachhaltig beschädigt wird auch die lokale Infrastruktur – von Schulen über Bahngleise bis hin zu den Museen und Bibliotheken. Während den Ländern und Kommunen ein immer größer werdender Anteil ihrer Finanzausstattung durch den Bund entzogen wurde, wurde von der Bundesregierung ein neues Konzept beschworen: Public Private Partnership (PPP), zu Deutsch: Öffentlich Private Partnerschaft.

Folgende Begründung wird immer wieder genannt: Der Staat müsse zur Infrastrukturerneuerung privates Kapital mobilisieren, und Privatunternehmen könnten ohnehin besser wirtschaften als die öffentliche Hand. Das Konzept der PPP wurde Ende der 90er Jahre von der Labour-Regierung Tony Blairs in England entwickelt und wird mittlerweile weltweit angewandt.

Was PPP bedeutet: Die „öffentliche Hand“ schließt mit einem Privatunternehmen einen Vertrag. Gegenstand ist Bau, Sanierung/Modernisierung, Planung, Finanzierung und langfristiger Betrieb einer öffentlichen Einrichtung oder Dienstleistung. Die Vertragsdauer liegt in der Regel bei 30 Jahren.

Das Besondere von PPP besteht darin, dass das Privatunternehmen bereits in die Aufgabendefinition eingreift, die Planung, das Controlling, den Betrieb und auch die Finanzierung übernimmt. Hier wird uns vorgegaukelt, es entstünden „Synergieeffekte“ und PPP bringe deshalb „Effizienzvorteile“. Angeblich lägen diese „Effizienzvorteile“ zwischen 5 und 25 Prozent.

Der Entscheidung für ein PPP-Projekt im gewählten politischen Beschlussgremium geht ein „Wirtschaftlichkeitsvergleich“ voraus. Diese „Gutachten“ werden allerdings von Beratungsfirmen erstellt, die sich für PPP einsetzen. Diese gehen generell von einer Ineffizienz öffentlicher Dienstleistungen aus. Hier kann also keinesfalls von neutralen Gutachten gesprochen werden.

Auf Wunsch der Investoren unterliegen die Verträge der Geheimhaltung. Die Verträge liegen den gewählten Volksvertretern selbst dann nicht vor, wenn im nicht-öffentlichen Teil der Gremien entschieden wird. PPP entzieht sich somit der Kontrolle der demokratisch gewählten Gremien.

In der politischen Diskussion wird PPP immer wieder mit den „leeren öffentlichen Kassen“ begründet. Doch gerade finanziell stellt PPP eine Milchmädchenrechnung dar. Denn die öffentliche

Hand ist nach der Unterzeichnung eines PPP-Vertrages ja immer noch überschuldet. Sie muss Kredite aufnehmen, um die Mieten zu bezahlen. Was immer wieder verschwiegen wird: Die öffentliche Hand muss zweimal Zinsen zahlen: einmal für ihre Kredite, ein zweites Mal für die Zinsen, die der Investor für seine Kredite zahlt; das macht jeder Vermieter so.

Als Hauptargument für PPP wird immer wieder „Planungssicherheit“ angegeben. Das hört sich erst einmal gut an, wird in der Praxis jedoch immer mehr widerlegt. Beispiele hierfür sind die Londoner Metro und der Warnow- und Travetunnel. Hier drohten die Investoren mit Insolvenz und die Kommunen mussten notgedrungen auf die Erpressung eingehen. Dadurch entstanden erhebliche Mehrkosten.

Im Falle des größten deutschen PPP-Projekts, Toll Collect (LKW-Maut auf Autobahnen) kam das Konsortium aus Daimler, Telekom und Cofiroute seinen vertraglichen Verpflichtungen über ein Jahr lang nicht nach; die Maut wurde nicht einkassiert, dem Bundeshaushalt gingen etwa fünf Milliarden Euro verloren. Die Bundesregierung klagte 2004 auf Schadensersatz und Konventionalstrafe, bisher ohne Erfolg.

Manfred Büddemann

PPP ist : Raub am Gemeineigentum
Ausverkauf der Zukunft
Bankrotterklärung der Politik
die gesetzlich geschützte Form, unser Land“zu ruinieren

Wir fordern: Höhere Besteuerung der Vermögenden zugunsten der Kommunen
Finanzierung öffentlicher Projekte durch günstige Kommunalkredite
Kontrolle der öffentliche Güter durch die Kommunen
Offenlegung der PPP-Verträge / keine Geheimverträge
Stärkung der Prüfungsrechte der Rechnungshöfe
Rücknahme der PPP-Beschleunigungsgesetze



Fünfgliedriges Schulsystem in NRW

Veraltet und marode

Das Schulsystem in NRW ist ein Relikt aus dem 19. Jahrhundert.

Die Bildung wurde eingeteilt in die höhere Bildung (Gymnasien), mittlere Bildung (Mittelschulen oder Realschulen) und Volksbildung (Volksschulen, später Hauptschulen).

Die frühe Selektion der Kinder im Alter von 10 Jahren führt dazu, dass Kinder aus armen, bildungsbenachteiligten Familien - unabhängig von ihrer Begabung - in diesem System kaum eine Chance haben, eine bessere Bildung als ihre Eltern zu erhalten. Europaweit ist unser Bildungssystem zusammen mit dem Österreichs noch wie im 19. Jahrhundert aufgebaut.

Dieses Schulsystem erfüllt nicht einmal im Ansatz die eigenen Ansprüche. Zusätzlich zu den Strukturproblemen kommt noch eine chronische finanzielle Unterversorgung. 36 % aller Neuntklässler in Deutschland sind bereits mindestens einmal sitzengeblieben. Unterricht fällt aus, weil Lehrermangel herrscht und nicht genügend Lehrkräfte eingestellt werden, Fachräume fehlen, Bücherbestände sind veraltet, Klassenräume schlecht ausgestattet, Möbel gesundheitsschädlich, Jahr für

Jahr verlassen rund 14500 SchülerInnen die Schule ohne Abschluss, mehr als 85000 junge Menschen sind arbeitslos, die meisten von ihnen ohne Schulabschluss.

Unsozial und selektiv

Wer arm geboren wird, hat die besten Aussichten, auch zu den bildungsarmen Menschen in dieser Gesellschaft zu gehören. Das gegliederte Schulsystem bietet für diese Kinder die Förderschulen und die Hauptschulen an (selbstverständlich gibt es auch Ausnahmen). PISA hat deutlich gemacht, dass unser Schulsystem sozial stark aussortiert (selektiert).

Für etwa ein Viertel unserer Kinder schafft das Schulsystem nicht die notwendigen Startbedingungen für einen qualifizierten Einstieg in das Berufs- und Erwachsenenleben. Diese Kinder werden aufgegeben. Nach PISA hat kein anderes Bundesland einen derartigen Leistungsunterschied zwischen leistungsstärksten und leistungsschwächsten SchülerInnen aufzuweisen. Der Abstand entspricht in NRW mehreren Jahren. Die Zukunftsaussichten sind bei diesen Kindern bereits durch die Herkunft festgeschrieben. Das ist höchst ungerecht.

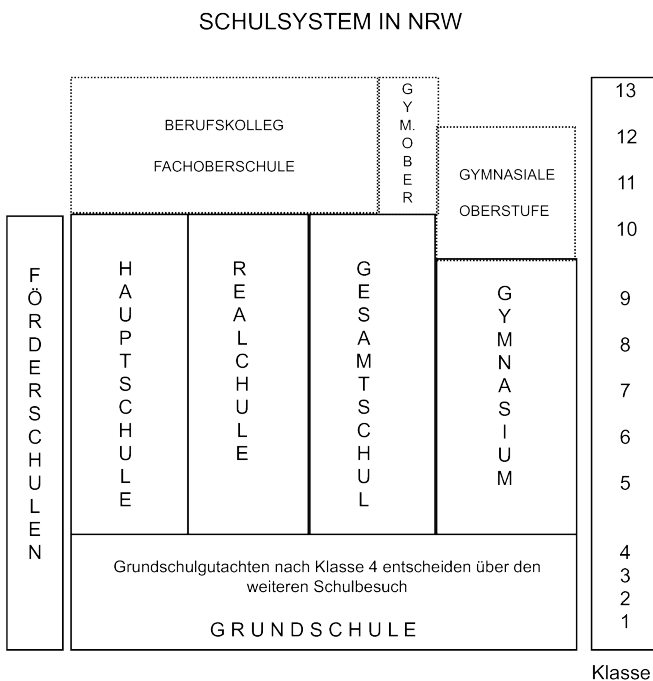
Menschenverachtend

Ein Schulsystem, für das die Selektion der Kinder das Hauptmerkmal ist, fördert die Bildungsarmut und zementiert vorhandene Strukturen. Durchlässigkeit nach oben und unten in diesem System ist zwar formal vorhanden, in der Realität gibt es jedoch fast nur die Durchlässigkeit nach unten.

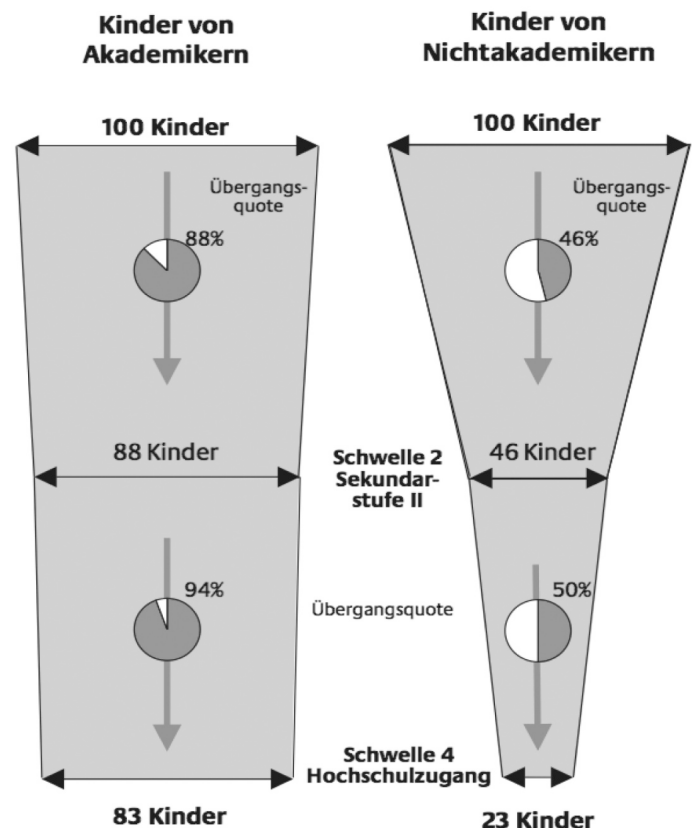
Behinderte Kinder werden noch immer ausgesondert und in Förderschulen geschickt, damit werden sie unter dem Vorwand, sie besonders gut fördern zu wollen, aus der Gesellschaft ausgegrenzt und stigmatisiert. Das ist menschenverachtend.

Insgesamt ist das aussortierende und unterfinanzierte Schulsystem ineffektiv und verstößt gegen Artikel 26.2 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“: „Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit gerichtet [...] sein.“ Darum fordert DIE LINKE. NRW die Einführung „Einer Schule für alle“ von der ersten bis zur zehnten Klasse und die Gebührenfreiheit in der gesamten Bildung, von der KiTa bis zur Hochschule.

Heidrun von der Stück



Grafik rechts: DSW/HIS 18. Sozialerhebung Quellen: StBA, Sonderauswertungen Mikrozensus 2001 und 2005; HIS-Studienanfängerbefragung 2005, eigene Berechnung



UN-Sonderbotschafter Prof. Dr. Vernor Munoz anlässlich seines Besuchs als UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung in Deutschland am 21.02.2006 in Berlin:

„Neben dem Thema der sozialen Ungleichheit beschäftigte uns während des Besuchs das Problem der Segmentierung und Selektivität. Wir hatten den Eindruck, dass das Bildungssystem sich nicht notwendigerweise an der Inklusion der Menschen orientiert, sondern auch an der Aufteilung als Bildungsstrategie. Die Tatsache, dass diese Aufteilung in Folge einer Einstu-

fung in der 4. Klasse, also ab dem Alter von zehn Jahren, stattfindet, bringe eine grundsätzliche Schwierigkeit mit sich. Denn die Iglu-Untersuchung hat gezeigt, dass 44 Prozent der Einstufungen (Schullaufbahnpfehlungen) nicht den Eigenschaften der Kinder entsprechen. Es scheint also so zu sein, dass es einen wirksamen Zusammenhang gibt zwischen der Struktur, der Funktion der Lehrer und Lehrerinnen und der Situation der Jungen und Mädchen.“ Und an anderer Stelle: „Klar ist aber, dass fehlende Bildung Armut verschlimmert und reproduziert. Untersu-

chungen zeigen deutlich, dass es in Deutschland 1.200.000 bis 1.500.000 Personen gibt, die sich in einer Situation relativer Armut befinden und die außerdem in den meisten Fällen einen Migrationshintergrund haben. Es hat sich auch deutlich herausgestellt, dass die Menschen, die sich in einer Situation sozioökonomischer Armut befinden, auch gleichermaßen von Bildungsarmut betroffen sind. Mit anderen Worten: Die Auswirkungen soziale Ungleichheit scheinen sich wiederzuspiegeln in den Möglichkeiten für schulische Bildungsfortschritte.“



Dass eine Reform des Bildungswesens Geld kostet, kann niemand bestreiten. Würden wir prozentual nur so viel ausgeben wie der Durchschnitt der OECD-Staaten, dann wären das jährlich schon 22,5 Milliarden € mehr als heute.

Nicht, dass wir missestreiten. Würden wir prozentual nur so viel ausgeben wie der Durchschnitt der OECD-Staaten, dann wären das jährlich schon 22,5 Milliarden € mehr als heute.

Nicht, dass wir missverstanden werden: es geht nicht darum die OECD zu loben. Im Gegenteil, die Probleme der deutschen Bildungspolitik, die weit über das gegliederte Schulsystem hinausgehen, sind zu einem großen Teil dem Geist geschuldet, der auch in den OECD-Bildungsaktivitäten herrscht. Bil-

dung wird dort nicht als Menschenrecht und unabdingbar für die Entwicklung junger Menschen gesehen, sondern lediglich als Kostenfaktor, den es ausdrücklich auch auf Kosten der Qualität des Bildungswesens zu senken gilt.

Hierzu ein Zitat von Christian Morrison in einer Veröffentlichung der OECD von 1996:

Stabilisierende Maßnahmen mit geringem Risiko

Um das Haushaltsdefizit zu reduzieren, sind sehr substanzielle Einschnitte im Bereich der öffentlichen Investitionen oder die Kürzung der Mittel für laufende Kosten ohne jedes politische Risiko. Wenn Mittel für laufende Kosten gekürzt werden, dann sollte die Quantität

Öffnungszeiten der Ratsgruppe

DIE LINKE:

Dienstag

von 15:00 - 18:00 Uhr

Donnerstag

von 09:00 - 12:00 Uhr

Raum C 26

im Rathaus Krefeld

der Dienstleistung nicht reduziert werden, auch wenn die Qualität darunter leidet. Beispielsweise lassen sich Haushaltsmittel für Schulen und Universitäten kürzen, aber es wäre gefährlich, die Zahl der Studierenden zu beschränken. Familien reagieren gewaltsam, wenn ihren Kindern der Zugang verweigert wird, aber nicht auf eine allmähliche Absenkung der Qualität der dargebotenen Bildung, und so kann die Schule immer mehr dazu übergehen, für bestimmte Zwecke von den Familien Eigenbeiträge zu verlangen, oder bestimmte Tätigkeiten ganz einstellen. Dabei sollte nur nach und nach so vorgegangen werden, z.B. in einer Schule, aber nicht in der benachbarten Einrichtung, um jede allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung zu vermeiden. [...] (S. 28) (Übersetzung von Ingrid Lohmann, Hamburg)

Was ist „Eine Schule für Alle“?

Diese Schule ist demokratisch, vielseitig und lebendig. Die Kinder werden in alle Entscheidungsprozesse der Schule einbezogen. Sie lernen solidarisch und übernehmen Verantwortung für sich und andere. Die Kinder entwickeln sich nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen, niemand wird diskriminiert und ausgesondert, niemand beschämt, keiner wird zurückgelassen. Es gibt kein Sitzenbleiben. Die Herkunft der Kinder kann und sollte zu einer Bereicherung für alle werden.

Diese Schule ist inklusiv, barrierefrei und sozial. Sie ist geprägt von gegenseitiger Achtung und Wertschätzung aller am Schulbetrieb Beteiligten. Nur so entsteht ein positives Lernklima, das Voraussetzung für erfolgreiche Lernprozesse in allen Bereichen ist. Alle SchülerInnen lernen hier mit- und voneinander und erfahren so, wie wichtig es ist, sich gegenseitig zu stützen und aufeinander verlassen zu können. Sie übernehmen soziale Aufgaben und erfahren Solidarität als Grundbedingung des Zusammenlebens.

Diese Schule ist Lern- und Lebensraum für die Kinder und entsprechend ausgestattet. Unterschiedliche Begabungen und Interessen erfordern individuelles Lernen und Arbeiten. Die Kinder müssen selbständig lernen und dabei ihr Lerntempo selbst bestimmen können, deshalb lernen sie jahrgangsübergreifend. Diese Schule ist in das Umfeld eingebunden und ist aktiver Teil des

sozialen Raums, in dem sie angesiedelt ist. Bildung in dieser Schule umfasst alle Bereiche des menschlichen Lebens.

Wie sieht die Struktur dieser Schule aus?

Die „Eine Schule für Alle“

- umfasst zehn Jahrgänge, alle Kinder beenden die Schule mit einem Abschluss und wechseln dann in den aufbauenden Bereich der Oberstufe mit integrierter beruflicher Bildung.
- hat keine Jahrgangsklassen, sondern Stammgruppen, in denen die Kinder miteinander Lern- und Freizeit verbringen. Aus den Stammgruppen gehen sie in individuelle Lerngruppen.
- hat Raum für individuelles Lernen und verfügt über individuelle Arbeitsplätze für SchülerInnen und LehrerInnen. Es gibt eine gut ausgestattete Bücherei und ausreichend Computerarbeitsplätze.
- ist eine Ganztagschule, in der alle Kinder eine gesunde warme Mahlzeit erhalten. Freizeitgestaltung wird nach den Bedürfnissen der Kinder und im Zusammenwirken mit Einrichtungen im Stadtteil angeboten. Wesentlicher Teil des Freizeitangebotes sind Sport und Kunst.
- gibt den Kindern ihre Lernrückmeldungen nicht über Noten, sondern als Lernbericht. Selbsteinschätzungen sind Teil der Bewertungen. Regelmäßig gibt es persönliche

Gespräche mit Kindern und Eltern, die die Kinder in ihrer Entwicklung stärken sollen.

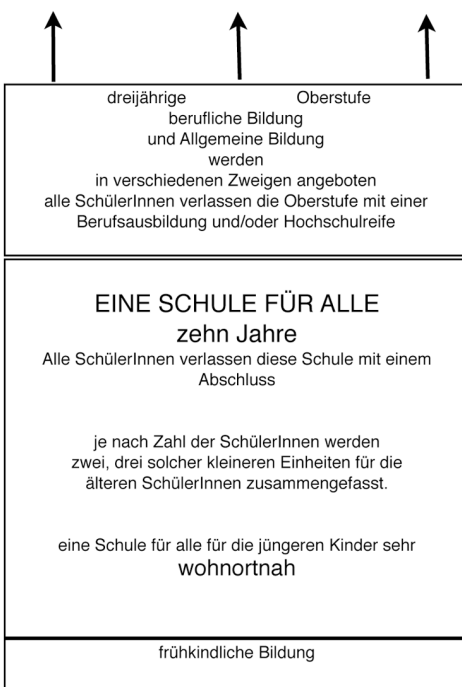
- verfügt über ein qualifiziertes Beratungsteam aus PsychologInnen, SozialpädagogInnen, SonderpädagogInnen, PhysiotherapeutInnen, LogopädInnen und AssistentInnen, das Team ist Teil des Kollegiums.

Warum fordert DIE LINKE.NRW „Eine Schule für Alle“?

Wir wollen diese Schule,

- weil sie Kinder unabhängig von ihrer Herkunft fördert und sich nicht am Verwertungsdictat des Kapitals orientiert.
- weil sie sozial und solidarisch ist und die Kinder stärkt.
- weil sie ganzheitlich und menschlich ist. Wir wollen diese Schule, weil in ihr kein Kind zurückgelassen und ausgegrenzt wird.
- weil sie den Kindern Chancen ermöglicht und sie nicht schon frühzeitig aussortiert werden.
- weil sie der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 entspricht, in der das Recht auf Bildung verankert ist. (Diese Konvention wurde von der Bundesregierung unterschrieben.)
- weil sie eine inklusive Schule ist, in der behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam lernen, gemäß dem auch von Deutschland unterzeichneten Vertrag.

Heidrun von der Stück



Workshop zur Finanzkrise kommt zum Ergebnis: Karl Marx hat Recht

Die Weltwirtschaftskrise geht weiter! Darüber können auch „Erfolgsmeldungen“ nicht hinwegtäuschen. Denn den 0,3 % mehr Wachstum, den Gewinnen an der Börse und der Verhinderung des totalen Absturzes der Wirtschaft stehen u.a. entgegen: Die Krise ist für Lateinamerika das schlimmste Ereignis seit 72 Jahren, die Arbeitslosigkeit wächst weltweit. Es ist kein selbsttragender Aufschwung ins Sicht. Die Wirtschaft hängt am Tropf der Verschuldung.

Unter dem Titel „Die Krise verstehen“ hatten am 30. Januar attac Krefeld, der Krefelder Arbeitskreis Dritte Welt, die pax Christi Gruppe Krefeld, Emmaus-Krefeld, und RABE Krefeld zu einem Workshop eingeladen. Herbert Böttcher, ein Mitarbeiter in der Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“ der Katholischen Friedensbewegung pax christi, hielt einen erhellenden Podiumsvortrag.

Nach einer kurzen Darstellung der Krise, deren Auswirkungen und der These, dass sie noch lange nicht vorbei ist, kam der Referent schnell zur Sache. Herbert Böttcher hat die Krise als eine Systemkrise des Kapitalismus dargestellt. Er bezog sich auf die Kapitalismuskritik von Karl Marx:

Der Referent begann seine theoretischen Ausführungen mit einer sehr anschaulichen Darstellung des Geld-Ware-Geld Prozesses (G-W-G) als Träger des Kapitalismus. Er stellte fest, Werte werden durch nichts anderes als menschliche Arbeit geschaffen.

In diesem Prozess begründen sich die Herrschaftsverhältnisse und der „Formzusammenhang“ des kapitalistischen Systems. Dieser „Formzusammenhang“ wirkt unmenschlich, denn es wird nur produziert, was einen Tauschwert hat. Er hat eine vernichtende Wirkung, denn Güter, die z. B. durch Überproduktion keinen Abnehmer finden, sind „wertlos“ und kommen auf den Müll.

Soweit ist die Analyse des kapitalistischen Systems durch Karl Marx unwiederlegt.

Der Systemanalyse folgte die Erklärung der aktuellen schweren Weltwirtschaftskrise.

Als einen der Gründe der Krise benannte Herbert Böttcher die Tatsache, dass durch immer größeren technischen Produktionsfortschritt dem System die

wertschöpfende Substanz - das ist die menschliche Arbeit - ausgeht.

Weiteren Substanzverlust bzw. Verlust an notwendiger Arbeitszeit haben wir durch die mikroelektronische Revolution erlebt. Diese Revolution geht weiter. Dazu kommen Internet und Nanotechnologie. Folglich wird die für die kapitalistische Wirtschaft nötige Arbeit immer weniger. Zur Lösung des Problems der Arbeitsverteilung wurde in der Diskussion die gewerkschaftliche Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich thematisiert.

Diese Forderung läuft dem kapitalistischen System allerdings absolut entgegen. Denn ihre Umsetzung erhöhte die Kosten der Produktion. Bei Strafe des Unterganges sind Unternehmen und Menschen im Kapitalismus aber dazu verurteilt, im Formzusammenhang G-W-G (Geld-Ware-Geld) zu handeln. Sie müssen immer stärker rationalisieren, um ihre Produkte billiger herzustellen.



Die Arbeit, also die einzig wertschöpfende Substanz wird im Kapitalismus daher notwendigerweise immer weniger. Der Kapitalismus wird dadurch immer krisenanfälliger. Noch dazu wird die Produktion immer teurer durch

- wachsende Umweltschutzaufgaben
- Vermehrte Werbung für die Produkte
- höhere Sicherungsaufwendungen
- aufwendigere Forschung.

Auch das macht das System immer krisenanfälliger.

Herbert Böttcher charakterisiert die Finanzblasenökonomie der vergangenen Jahre als eine Scheinvermehrung. Sobald die künftige Produktion den Wert der Zinsen nicht ersetzt, platzt die Blase. Dies ist die direkt Ursache für die aktuelle Finanzkrise. Der Grund für wachsende Investitionen in die Finanzblasenökonomie ist aber die stetig abnehmende Wertschöpfung im High-Tech-Kapitalismus, die weiter oben beschrieben worden ist.

Herbert Böttchers Referat folgte eine angeregte und konstruktive Diskussion. In der Diskussion wurden die Forderungen nach umfassender Bildung und gutem Lohn, gesunden Arbeitsbedingungen und Erhalt der Umwelt als Lebensbedürfnisse der abhängig Beschäftigten im Kapitalismus benannt. Denn sie haben nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen und brauchen dafür möglichst gute Bedingungen.

Herbert Böttcher stellt fest (und findet damit die klare Zustimmung der Linken): Die menschlichen Lebensbedürfnisse sind nicht abhandelbar. Sie sind aber im Kapitalismus nicht zu befriedigen. Die kapitalistische Konkurrenz geht bis zur Vernichtung des Konkurrenten hin. Böttcher fordert, den stofflichen Reichtum und die moderne Technologie zu nutzen, um die menschlichen Lebensbedürfnisse zu befriedigen.

Er hat sich auch zu den Chancen, diese Forderungen durchzusetzen geäußert. Eine Voraussetzung dafür ist eine Reflexion auf sich selbst oder „neben sich zu treten und von Außen auf sich zu schauen“. Das kann aber sehr schmerzhaft sein, weil es desillusioniert. Viele sagen dann: „Laß uns mit der Theorie in Ruhe“. Ohne Reflexion könne aber kein realistisches Bewußtsein über die eigene Rolle und Stellung in der Gesellschaft erlangt werden. Eine befreiende Veränderung des Wirtschaftssystems setzt den selbstbestimmt handelnden Menschen voraus.

Die Vorträge und Diskussionen, so haben die Veranstalter versichert, sollen mit dem Referenten Herbert Böttcher fortgesetzt werden. DIE LINKE. Krefeld wird das rechtzeitig ankündigen.

Manfred Göbel und Stephan Hagemes

Impressum.
V.i.S.d.P.:
Heidrun von der Stück
Tackheide 88
47804 Krefeld
(02151) 446 86 64

www.dielinke-krefeld.de

	4			6	2			
9		1		7	5			2
7				8		6	3	1
	3	5		2		1		
6			8		3		2	7
2			5				8	3
	9	7			8	3		
		3			1	4		
1			4		7		5	9

Die Auflösung erhalten Sie von info@dielinke-krefeld.de